



Noch keine klare Linie erkennbar

Doch Demokratie ist unabdingbar für Singapurs Zukunft

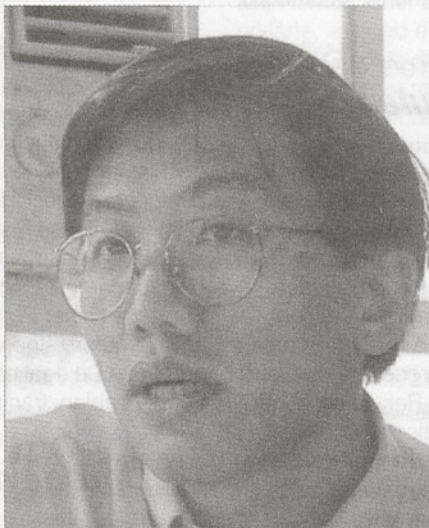
von Rolf Jordan

Ein Interview mit Dr. Chee Soon Juan, Generalsekretär der Singapore Democratic Party, führte Rolf Jordan, der den Oppositionspolitiker bereits 1999 während seiner Forschungsarbeiten in Singapur kennen gelernt hat, nach dessen Haftentlassung für die südostasien.

Am 1. Mai 2002 war der Oppositionspolitiker Chee Soon Juan, Generalsekretär der *Singapore Democratic Party* (SDP) und Vorsitzender der aus Vertretern aus 18 Staaten zusammen gesetzten *Alliance for Reform and Democracy in Asia* (ARDA), in Singapur verhaftet worden. Er wollte trotz fehlender Genehmigung durch die Behörden Singapurs mit einer öffentlichen Kundgebung auf die Lage der Arbeiter im derzeit krisengeschüttelten Singapur aufmerksam machen (siehe auch **südostasien** 03/2002). Bei der Kundgebung vor dem Istana, dem Amtssitz von Premierminister Goh und Staatspräsident Nathan, wurden neben Chee auch ein weiteres SDP-Mitglied, Ghandi Ambalam, und der Journalist und Muslim-Aktivist Mohamad Shariff verhaftet. Da der Oppositionspolitiker sich jedoch weigerte, die gegen ihn verhängte Geldstrafe in Höhe von 4.500 Singapur-Dollar zu bezahlen, wurde Chee daraufhin von einem Gericht zu fünf Wochen Haft verurteilt, die er Anfang August 2002 antrat.

Bereits 1999 hatte der Politiker wegen ähnlicher ›Vergehen‹ zwei

Der Autor ist Sozialwissenschaftler an der Universität Kassel. Seine Schwerpunkte sind u.a.: Sozialer und Politischer Wandel in Südostasien, speziell in Singapur; internationaler Migration; stadtsoziologische Forschungen, Arbeitsmigration.



Dr. Chee Soon Juan

kurze Haftstrafen erhalten, als er ebenfalls ohne behördliche Genehmigung am *Raffles Place*, dem Finanzzentrum der Stadt, öffentliche Kundgebungen veranstaltet hatte. Wie schon damals, so möchte der Oppositionspolitiker auch heute seine Entscheidung zum Antritt der Haftstrafe vor allem auch als Aufruf zu mehr ›bürgerlichem Ungehorsam‹ verstanden wissen. Der Fall hat zugleich zu einem öffentlichen Streit zwischen *Amnesty International* (AI) und der Regierung Singapurs geführt. Die Menschenrechtsorganisation, die in ihrem Bericht unter anderem die schlechten Haftbedingungen anprangerte, sieht in den Geld- und Haftstrafen gegen Oppositionspolitiker zugleich typische Beispiele für die

noch immer vorherrschende Einschränkung der Meinungsfreiheit im Stadtstaat.

Freie Meinungsäußerung ist grundlegend für Demokratie

Wir haben dies zum Anlass genommen, Dr. Chee nach seiner Freilassung um ein Interview zu bitten, um mehr über die Entscheidung für den Antritt einer Haftstrafe und die dahinter stehenden Beweggründe des Politikers zu erfahren. In dem Interview, das uns Chee Soon Juan via E-Mail Anfang diesen Jahres (2003) gab, verdeutlicht der Oppositionspolitiker noch einmal den Stellenwert, den freie Meinungsäußerung und die Möglichkeit einer stärkeren politischen Partizipation der Bevölkerung nicht nur für die politische Arbeit einer oppositionellen Partei wie der SDP, sondern für die demokratische Entwicklung in Singapur insgesamt hat. Dies um so mehr, als sich das Land derzeit in einer der schwersten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten befindet. Der Mangel an partizipativen Strukturen macht sich nach Ansicht von Dr. Chee vor allem im Fehlen kreativer und innovativer Potentiale im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen bemerkbar. Bemängelt wird zugleich, dass der staatliche Gewerkschaftsdachverband NTUC

aus: Human Rights Solidarity, März 2002, S. 13

keine unabhängige Interessenvertretung der Arbeiter darstellt und sich gerade deren Lage in der Krise dramatisch verschlechtert hat.

Ob die Zuspitzung der Krisenfolgen allein jedoch schon dazu beitragen wird, dass große Teile der Bevölkerung in Zukunft verstärkt der Opposition ihre Stimme geben wird, muss zumindest bezweifelt werden. Hier wird es wohl auch darauf ankommen, ob und in wie weit es der bisher noch eher zersplitterten Opposition in Singapur gelingt, ihre Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so eine wirkliche Alternative zur seit mehr als dreißig Jahren nahezu unangefochten regierenden *People's Action Party* (PAP) darzustellen. Die letzten Parlamentswahlen [siehe auch *südostasien* 04/2001] haben hier noch keine klare Linie erkennen lassen und auch in unserem Interview bleibt die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen den großen Oppositionsparteien in Singapur merkwürdig vage. Dies zeigt jedoch zugleich die prekäre Situation, in der sich die Opposition insgesamt in dem Stadtstaat befindet.

Wir geben das Interview im folgenden in leicht gekürzter Form wieder.

Frage: Dr. Chee, sie wurden am 1. Mai letzten Jahres gemeinsam mit einem weiteren führenden Mitglied der SDP verhaftet und später zu einer Geldstrafe von 4.500 Singapur-Dollar verurteilt. Was waren die Gründe für die Verhaftung?

Dr. Chee Soon Juan: Ich versuchte eine Kundgebung zum Maifeiertag zu abzuhalten, um auf die Probleme der Arbeiter und der ärmeren Bevölkerungsschichten Singapurs hinzuweisen. Das bestehende Arbeitsrecht untersagt die Bildung unabhängiger Gewerkschaften. An der Spitze des Gewerkschaftsdachverbandes *National Trade Union Congress* steht ein Kabinettsminister.

Anstatt die gegen Sie verhängte Geldstrafe zu zahlen, haben Sie sich entschieden, eine fünfwöchige Haftstrafe anzutreten. Warum diese Entscheidung?

Man kann nicht Gesetze anerkennen, die von einer autoritären Regierung zur Absicherung ihrer Macht geschaffen wurden. Die regierende *People's Action Party* nutzt die Gesetze, um

freie Meinungsäußerung und freie Vereinigungen und Versammlungen zu unterbinden. Angesichts dieser Bedingungen habe ich mich entschieden, die Geldstrafe nicht zu zahlen, da dies bedeutet hätte, diese auf Unterdrückung ausgerichtete Rechtsprechung anzuerkennen. Daher wurde ich inhaftiert.

Sie wurden bereits früher zu Haftstrafen verurteilt, weil Sie ohne Genehmigung der Behörden öffentliche Kundgebungen abgehalten haben. Es scheint, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung einen wichtigen Aspekt innerhalb ihrer politischen Arbeit darstellt.

Das ist definitiv richtig. Ohne das Recht auf freie Meinungsäußerung können die Bürger nicht damit beginnen, sich etwa gegen ein tyrannisches Regime zu organisieren. Freie Meinungsäußerung ist ein fundamentaler Bestandteil von Demokratie. Er ist entscheidend dafür sicherzustellen, dass die Menschen nicht durch Diktatoren missbraucht werden. Ob für den Aufbau der Wirtschaft, die Durchführung sozialer Programme oder die Beförderung politischer Prozesse – das Recht der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit sind grundlegende Bedingungen hierfür. Wo man sie verweigert, da nimmt man den Menschen ihre Humanitas.

In welche Richtung sollte Ihrer Meinung nach die demokratische Entwicklung in Singapur vorangetrieben werden?

Singapurs Wirtschaft befindet sich derzeit in einer Krise, gerade weil es ihn den letzten 40 Jahren keine Demokratie gab. Dies hat zur Implementation von Politiken ohne die notwendigen kritischen Untersuchungen und



Debatten geführt. So hat die Regierung beispielsweise die Bürger Singapurs ermutigt, ihre Pensionsfonds zum Kauf von staatlichen Wohnungen zu nutzen, die sehr teuer sind und zu denen es für die meisten Menschen keine Alternativen gibt. Dies hat dazu geführt, dass viele Menschen kaum über ausreichende Mittel für ihren Ruhestand verfügen, obwohl Singapurs Arbeitnehmer 40 Prozent ihrer Einkommen für die Altersversorgung [Central Provident Fund] ansparen müssen; zugleich die höchste Sparrate weltweit. Demokratische Strukturen ermöglichen eine gründliche Debatte politischer Maßnahmen und Regierungen können aufgrund schlechter Politik abgewählt werden.

Erachten Sie es als notwendig, dass Singapurs Bürger ein größeres Mitspracherecht in politischen Entscheidungsprozessen als bisher haben sollten?

Singapur hat einen Punkt erreicht, an dem es stärker auf Ideen und Kreativität ankommt als auf Schweiß und niedrige Löhne. Es ist daher notwendig, dass die Gesellschaft sich öffnet und unternehmerisches Handeln ermöglicht und fördert; etwas, das im Autoritarismus nicht möglich ist. Eine solche Offenheit ist nur möglich, wenn Menschen die Möglichkeit ha-

ben, an politischen Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Selbst unter pragmatischen Wirtschaftsgesichtspunkten ist Demokratie unabdingbar für Singapurs Zukunft.

Was sind vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation in Singapur die zentralen Politikfelder für die SDP?

Ein zentrales Anliegen der SDP ist es, politische Reformen in Singapur einzufordern. Die Menschen sollten nicht in dem Maße kontrolliert werden, wie das derzeit der Fall ist. Ihnen sollten die grundlegenden politischen Rechte zugestanden werden und diese Rechte sollten zugleich respektiert und geschützt werden. Daher tritt die SDP für freie und faire Wahlen, für unabhängige und pluralistische Medien und rechtsstaatliche Bedingungen ein. Derzeit existiert nichts von alledem in Singapur. Außerdem muss der *Internal Security Act*, der es der Regierung ermöglicht, Menschen ohne Anklage zu verhaften und in Haft zu halten, abgeschafft werden. Scharen von Gegnern der Regierung wurden mit Hilfe des ISA inhaftiert, viele von ihnen für bis zu zwei Jahrzehnte ohne Gerichtsverhandlung.

Welche Zielgruppe versucht die SDP mit ihrem politischen Programm und ihren Aktivitäten anzusprechen?

Singapurer aller sozialen Schichten werden von einer demokratischen Entwicklung des Landes profitieren. Es sind aber vor allem die mittleren und unteren Einkommensgruppen, die von einer weiteren Demokratisierung, wie sie von der SDP angestrebt wird, am stärksten profitieren würden.

Menschenrechte haben in den aktuellen politischen Debatten an Bedeutung gewonnen. Welche Rolle spielt diese Thematik für oppositionelle Politik in Singapur beziehungsweise innerhalb der politischen Agenda der SDP?

Wie bereits gesagt: Ohne [die Einhaltung der] Menschenrechte wird es Oppositionsparteien unmöglich gemacht, sich effektiv zu organisieren und als Alternativen zu präsentieren. Nur wenn sie nicht weiter drangsaliert werden, werden oppositionelle Poli-

Singapurs Wirtschaft befindet sich derzeit in einer Krise, gerade weil es ihn den letzten 40 Jahren keine Demokratie gab.

ker es wagen, sich offen für die SDP zu engagieren.

Singapurs Wirtschaft befindet sich derzeit in ihrer schwersten Rezession seit Mitte der achtziger Jahre, die Arbeitslosenrate hat 2002 nahezu fünf Prozent erreicht. Wo sehen Sie Möglichkeiten zur Überwindung der aktuellen Krise?

Singapurs wirtschaftliche Aussichten sind derzeit trübe. Dies wird durch die politischen Zustände im Land noch verschlimmert. Ausländische Investoren wandern nach China ab, da Singapur selber sehr teuer geworden ist. Und aufgrund des Mangels an einheimischen Unternehmern – ich habe darauf bereits hingewiesen – können wir auch nicht mit den entwickelten Volkswirtschaften konkurrieren. Gleichzeitig sind es die untersten Einkommensschichten [Dr. Chee benutzt den Begriff der »working poor«], die besonders unter der Krise leiden. Während Singapur hohe Wachstumsraten verzeichnet, erhalten die Arbeiter Dritt-Welt-Löhne.

In welcher Weise hat die Krise Einfluss auf die zukünftige Ausrichtung oppositioneller Politik in Singapur?

Ein verlängerter Abschwung wird die Menschen mehr Fragen stellen lassen, und sei es nur aus Verzweiflung. Dies wird selbstverständlich positive Effekte für die Opposition zeitigen.

Bei den letzten Parlamentswahlen [vom November 2001] verzeichneten die Oppositionsparteien ein eher schwaches Abschneiden. Worin sehen Sie hierfür die wesentlichen Gründe?

Das gesamte Wahlsystem wurde von der PAP dahingehend manipuliert, dass nicht nur ein Sieg, sondern auch eine deutliche Kontrolle des Parlaments gewährleistet bleibt. Das Wahlverfahren benachteiligt die Oppositionsparteien in dem Maße, dass

es schon sehr überraschend wäre, wenn die PAP nicht jede Wahl mit komfortablen Vorsprung gewinnen würde. Gerade in Wahlzeiten erweisen sich Singapurs Medien als Sprachrohr der PAP. Wo immer die Opposition an Einfluss gewinnen könnte, verhindern Gesetze, dass die Opposition potentielle Wähler erreichen kann. So wurde der SDP beispielsweise 1995 die Herstellung von Videos untersagt, mit denen die Partei ihre Wähler über ihre politischen Ziele und ihre Wahlplattform informieren wollte.

Wie würden Sie das Verhältnis zwischen den derzeit wichtigsten Oppositionsparteien Singapurs – neben der SDP die Workers Party und die Singapore Democratic Alliance – beschreiben?

Es besteht Übereinkunft darüber, nicht in den gleichen Wahlkreisen gegeneinander anzutreten, um uns nicht gegenseitig Stimmen streitig zu machen.

Wo sehen Sie Möglichkeiten der Kooperation zwischen den Oppositionsparteien in Singapur beziehungsweise wo ist deren Verhältnis zueinander eher durch Konkurrenz gekennzeichnet?

Derzeit versucht die PAP die Opposition zu spalten, indem sie eher »moderate« Parteien unterstützt und andere Parteien wie die SDP, die einen grundlegenden Wandel des politischen Systems und demokratische Reformen anstrebt, in ihrer Entwicklung behindert.